



## Niederschrift

62. Plenarsitzung des Gemeinderates  
19. März 2024, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 6 der Tagesordnung: Karlsruher Integrationsplan - Integrationspolitische Schwerpunkte 2024 und 2025**  
Vorlage: 2024/0027

## Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Integrationsausschuss den integrationspolitischen Schwerpunkten 2024 und 2025 des Integrationsplans zu.

## Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung (42 JA, 1 Enthaltung)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Integrationsausschuss am 28. Februar 2024:

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass hier integrationspolitische Schwerpunkte für diese zwei Jahre vorgeschlagen werden. Die zweite Fortschreibung des Karlsruher Integrationsplans von 2018 bleibt natürlich auch bei den darin genannten Handlungsfeldern und Zielen als allgemeine Grundlage bestehen. Mit diesen ergänzenden, gezielteren und priorisierteren Schwerpunkten für die Jahre 2024 und 2025 tragen wir aber den Entwicklungen der letzten beiden Jahre und damit den Herausforderungen noch in diesen beiden Jahren, die da kommen, Rechnung.

Wir sind Aufnahmestadt für Geflüchtete aus der Ukraine geworden. Das hat sich erheblich auf die Stadtgesellschaft und auf die Arbeiterstadtverwaltung ausgewirkt. Diesen Veränderungen begegnen wir mit den hier festgelegten Schwerpunktsetzungen für 2024 und 2025. Wir werden weiter die Strukturen und Angebote in der Stadt an die Herausforderungen als Aufnahmestadt auch in dieser Hinsicht anpassen. Es geht um Beratung und Erstorientierung, Sprache und Bildung, Wohnraumversorgung und Arbeitsmarktintegration, alles Schwerpunkte, die für die Integration generell wichtig sind, aber im Hinblick auf diese doch große zusätzliche Zahl der Ukrainer\*innen in unserer Stadtgesellschaft noch mal eine zusätzliche Relevanz erhalten haben. Gemeinsam mit dem Arbeitskreis Integrationsausschuss wurde das in mehreren Sitzungen behandelt. Die Rückmeldungen und Vorschläge aus dem Gremium wurden einbezogen. Und so konnte etwa auf Vorschlag des Arbeitskreises auch

Professor Dr. Annette Treibel-Illian von der PH für die Formulierung des Integrationsverständnisses gewonnen werden. Das Thema, welche Haltung steht hinter dem Begriff Integration, ist eines, was wir permanent auch weiterentwickeln und uns auch der Relevanz der jeweiligen Festlegungen gewahr werden müssen. Wir würden über den Sachstand zur Umsetzung regelmäßig im Arbeitskreis Integrationsausschuss und natürlich im Integrationsausschuss selbst berichten. Das als kleine Einführung noch mal in das Thema.

**Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE):** Leider haben Sie mir schon einiges vorweggenommen, aber ich sage es jetzt trotzdem. Wir danken dem Büro für Integration und dem Arbeitskreis Integrationsausschuss für die Vorlage. Ausgehend von den seit 2008 geltenden Karlsruher Leitlinien ist auch die zweite Fortschreibung des Integrationsplans das Steuerungsinstrument der kommunalen Integrationspolitik. Mit den großen Fluchtbewegungen seit 2015, aber insbesondere seit 2022 durch die neue Situation als aufnehmende Kommune für ukrainische Geflüchtete, haben sich Herausforderungen und Aufgaben stark verändert. Was sich erfreulicherweise nicht verändert hat, ist das Leitmotiv der Karlsruher Integrationspolitik. Alle hier lebenden Menschen sind Karlsruher\*innen. Sie sind willkommen und sollen ein Zugehörigkeitsgefühl entwickeln können. Mit der Fortschreibung ist es gelungen, sich auf die wesentlichen integrationspolitischen Aufgaben der nächsten zwei Jahre zu konzentrieren.

Anhand von zentralen Handlungsfeldern wird dargestellt, wie eine bedarfsorientierte Schwerpunktsetzung aussehen kann, von Erstorientierung über Sprache, Bildung, Arbeitsmarktintegration und Antidiskriminierung. Im Fokus steht durchgängig die Ermöglichung der gesellschaftlichen Teilhabe in allen wesentlichen Bereichen und der Aufbau nachhaltiger Willkommensstrukturen. Damit dies erreicht werden kann, müssen zuerst mögliche Hindernisse innerhalb der städtischen Angebotsstrukturen erkannt und abgebaut werden.

Ein Beispiel ist die Ausländerbehörde. Ihr kommt eine Schlüsselrolle für gelingende Integration zu, insbesondere auch für die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Wir begrüßen, dass einige unserer Initiativen Eingang in die Fortschreibung gefunden haben, wie zum Beispiel die Errichtung einer zentralen Anlaufstelle. Mit der Bündelung der integrationspezifischen Aufgaben von verschiedenen Ämtern und Diensten soll der Aufbau von Lebensperspektiven vereinfacht und beschleunigt werden. Für den Erfolg der Fortschreibung wird die Kooperation zwischen den relevanten Stellen eine maßgebliche Rolle spielen. Zudem ist es notwendig, bereits initiierte Prozesse wie Diversity Management, Antidiskriminierungsarbeit sowie die Internationalisierungsstrategie einzubeziehen. Existierende Strategiepapiere und Synergien müssen auch mit Blick auf vorhandene Ressourcen umfassend genutzt werden. Wir freuen uns auf die nächsten Schritte zu einer gleichberechtigten Teilhabe aller und zu einem Karlsruhe, das nicht nur frei von religiöser und kultureller Diskriminierung ist, sondern von Diskriminierung in all ihren Formen.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Zunächst voranstellen möchte ich den Dank der CDU-Fraktion an das Integrationsbüro, an den Arbeitskreis des Ausschusses mitsamt aller sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch Vereine und Verbände wie die Flüchtlingshilfe und andere Träger, die sich in diesem Bereich in ihrem Alltag beschäftigen und uns wichtige Impulse bei der Entwicklung und Fortschreibung des Integrationsplanes geliefert haben. Es war ein monatelanger Prozess, in dem wir unterschiedlich auch mal konstruktiv-kritisch uns eingebracht haben, aber wir haben immer eine Grundlage gefunden und eine Sprache gefunden, hinter der wir, denke ich, alle hier auch im Hause stehen können. Uns

als CDU-Fraktion sind natürlich besonders wichtig die Handlungsfelder Sprache und Bildung, wirtschaftliche Integration. Für uns beginnt die Integration mit der Sprache schon bei den Kleinsten, denn sie ist der Schlüssel zum Ankommen und zum Dazugehören für den schulischen Erfolg und später dann natürlich auch für den Übergang Schule, Beruf, Erwerbsleben. Denn wir sehen, wir haben auch einen Zuzug von Menschen, die durchaus berufliche Qualifikationsfähigkeiten mitbringen, für die wir hier einen ernsthaften Bedarf haben. Uns ist es wichtig, dass auch diese Menschen, zum Beispiel auch Geflüchtete aus der Ukraine, aber auch Menschen aus anderen Herkunftsländern, die Möglichkeit haben und die Chance, sich dann am Erwerbsleben oder im Ausbildungsbereich einzubringen, also gerade auch die Zahl der Auszubildenden.

Wir sehen natürlich auch einen wichtigen Punkt im Bereich Sport und bei den anderen, auch bei den kulturellen Vereinen in Kunst und Kultur, denn dort in diesem Rahmen findet ehrenamtlich ein ganz wichtiger Beitrag zur Integration, zum Ankommen, zum Miteinander statt. Wie gesagt, für uns ist entscheidend, basierend auf unseren gemeinsamen Werten, ein Miteinander in unserer Stadtgesellschaft zu erreichen. Das ist das Ziel. Dies möchten wir nicht aus dem Blick verlieren und freuen uns und sehen aber auch natürlich die Herausforderungen, die sich manchmal im Alltag ergeben, aber wir meinen, dieser Plan, so wie wir ihn heute hoffentlich beschließen, ist auf jeden Fall weiterhin auf dem richtigen Weg.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Ihre Einleitung war sehr gut und hat schon viel von der Arbeit dargestellt, hier noch mal Dank auch an das Büro für Integration. Hier geht es also um die Umsetzung des Integrationsplans im Zeitraum 2024 - 2025, der präzisiert wurde und Schwerpunkte gesetzt hat. Für neu ankommende Menschen ist die Erstorientierung und Wohnraumversorgung das wichtigste Thema. Migration ist ein dynamischer Prozess, ausgelöst durch die Ereignisse in der Welt. So haben wir in Karlsruhe rund 5.000 ukrainische Geflüchtete, und diese sicher bis zum Ende des Krieges. Hier wird auch das Integrationsmanagement durch Gelder vom Land verstärkt. Hier können wir stolz sein, dass die Menschen in Wohnungen und nicht in Turnhallen oder Containern untergebracht sind.

Sprache ist notwendig für den Alltag und somit für die Integration vor Ort. Es ist ein dauerhaftes Schwerpunktthema, ebenso das Thema Bildung, egal in welchem Alter, egal in welcher Institution. Die Ressourcen zwingen zur Schwerpunktsetzung, auch wenn alle in den Leitlinien verankerten Themen wichtig sind, aber Integration, und das will ich betonen, ist Querschnittsaufgabe. Das heißt, es müssen sich alle beteiligen, damit Integration gelingt. So haben wir als Stadt bewusst die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Diskriminierung in jeglicher Form darf nicht geduldet werden. Karlsruhe als Ganzes stellt sich gegen Rassismus und tritt für Menschenwürde ein. Karlsruhe ist eine offene, international geprägte Stadt und soll es bleiben.

In diesen zwei Jahren wird es durch die Neubildung des Integrationsausschusses zum Jahresende auch neuen Schwung und neue Akzente geben. Die SPD-Fraktion unterstützt die Arbeit des Integrationsausschusses voll und ganz und stimmt der Vorlage zu.

**Stadtrat Höyem (FDP):** Ich danke zuerst für diesen Plan und für alle, die in diesem Integrationsplan involviert waren. Dann wollte ich gerne unterstreichen, Integration ist etwas Praktisches. Integration ist nicht etwas, was man theoretisch diskutiert, und dass Integration niemals Assimilierung ist. Wenn ich zurück in mein eigenes Leben gucke, dann war eigentlich

kein Wort wichtiger für mich als Integration. Das ist, was ich mein ganzes Leben gemacht habe. Das ist Integration, und in meiner persönlichen Entwicklung war das auch Integration, aber das bedeutet nicht, dass ich nicht Däne bin. Ich bin Ausländer, ich bin nicht assimiliert, ich bin integriert in diese Gesellschaft, hoffe ich. Und so soll es für alle anderen hoffentlich auch sein. Aber ich muss auch sagen, dass wir Ausländer auch eine Pflicht haben, uns integrieren zu lassen. Das ist, wenn man sich einen Aufenthalt vielleicht nicht selber gesucht hat, in diesem Fall Ukraine. Dann ist es nicht nur an uns, den Integrationsplan zu machen und zu sagen, wir müssen helfen. Das müssen wir, das sollen wir, das ist konkret, das ist reell, aber auch für uns Ausländer ist es eine, meiner Meinung nach, moralische Pflicht zu sagen, wo bist du jetzt, wie kannst du dich hier integrieren. Also danke für diesen Integrationsplan, danke, dass wir nicht über Assimilierung sprechen. Wir sprechen über Integration. Und ich unterstreiche ein letztes Mal, das ist eine Pflicht für uns. Wir tun das gern, aber auch für uns Ausländer ist es eine Pflicht, uns integrieren zu lassen, und das nicht zu verstehen als Assimilierung.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Mein Dank an Tom Høyem, denn seine Sichtweise zeigt, wie es in unserer Stadt, und da zitiere ich jetzt frei und lose aus diesem Integrationsplan, den wir sehr ehrlich finden, sehr gut finden. Wir finden auch die anerkennenden Worte für das Verständnis der Integration von Frau Professor Dr. Annette Treibel-Illian sehr ehrlich und werden das auch unterstützen. Wir finden das auch eine gelungene Fortschreibung des ersten Integrationsplans. Integration, und ich versuche hier lose zu zitieren, ist für Karlsruhe als Einwanderungsstadt, die sehr viel Erfahrung hat und mit etwa 40 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund gelebtes Leben, also tatsächlich wahres Leben. Tom Høyem sagt es auch, es ist immer ein Geben und ein Nehmen, ein Verstehen und ein Verständnis, und das wird auch sehr gut hier ausgedrückt.

Wir haben die Themen Sprache, Erziehung und Weiterbildung. Auch in diesen Worten, die ich zitieren möchte, noch mal, Karlsruhe als Einwanderungsstadt hat viel Erfahrung mit Integration. Seine Bewohner\*innen mussten ständig damit rechnen, dass sich ihre Nachbarschaften, und wir wissen in den internationalen Konflikten, wie schnell sowas passieren kann, die Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz oder die Mitschüler\*innen, und wir hören heute, ich höre es hier immer wieder, was wir erleben müssen, was auf manchen deutschen Schulen alles passiert, ihre Kinder ändern. Die neuen Karlsruher\*innen sehen immer wieder anders aus, brachten neue Muttersprachen mit und erzählten über ganz unterschiedliche Vaterländer. Auch für uns hier ist es wichtig zu verstehen, wie der Tom Høyem sagte, und für uns ist es auch wichtig, dass wir verstanden werden. Neuankömmlinge müssen in wörtlichem wie im übertragenen Sinne eine neue Sprache lernen. Das benötigt Zeit, neben der Sprache im engeren Sinn, geht es um die geschriebenen und ungeschriebenen Regeln des Zusammenlebens, und das hatte Tom Høyem ja auch erklärt, wie wichtig das ist. Um es kurz zu fassen, so wie man mich kennt, wir tragen es so mit.

Eine Frage haben wir trotzdem, die immer wieder auftritt bei all denen, was wir haben. Irgendwo vermissen wir in dem Ganzen einen interreligiösen Rat, den auch viele Städte haben. Ich meine mich zu erinnern, das war mal angedacht, aber es war eine Einbringung jetzt noch, bevor meine Zeit abläuft.

**Stadtrat Arslan (DIE LINKE.):** Ich glaube, das vorliegende Dokument regelt vieles, was man als sehr grundsätzlich bezeichnet würde oder was wir als selbstverständlich erachten würden, aber ich, und das meine ich überhaupt nicht negativ, finde es durchaus positiv, wenn

man das im Verhältnis setzt zu den ganz vielen gesellschaftlichen Diskussionen, die wir auf der bundespolitischen Ebene haben, wie restriktiver wir mit Geflüchteten umgehen, dass wir als Stadt Karlsruhe eine gewisse badische Gelassenheit ausstrahlen und einen gewissen Trotz in diesem Anspruch haben, jeden Menschen bestmöglich unterzubringen, bestmöglich zu integrieren und auch einen Standard entwickelt haben, der durchaus vorzeigbar ist. Ich sehe, wenn ich hierher komme, auch öfters Forderungen, dass wir endlich ein normales Karlsruhe brauchen. Ich bin ganz froh, dass unser normales Karlsruhe aussieht, dass wir eine vielfältige Gesellschaft sind, dass wir einen extrem hohen Anspruch auch an uns selbst setzen, wie wir Menschen in unsere Gesellschaft integrieren, wie wir ihre eigenen Erfahrungsschätze nutzen können, wie wir das als Chance betrachten und nicht als Bürde für diese Stadtgesellschaft und wie wir einfach eine gewisse Etablierung haben vieler zivilgesellschaftlicher Strukturen, die sich tagtäglich damit beschäftigen, die Menschen aufzunehmen, die zu uns kommen. Und auch wenn irgendwo auf der Welt ein neuer Krieg leider ausbricht, wenn wir es trotzdem schaffen, das gemeinsam als Politik und Verwaltung und Zivilgesellschaft in die Runde zu bringen, ich glaube, das ist ein absolutes hervorragendes Merkmal. Wenn wir sehen, was passiert, auch in Deutschland, wie Rassismus leider zunimmt, ist, glaube ich, die Diskussion, die wir vor zwei Jahren oder mehreren Jahren schon angefangen haben Richtung des runden Tisches, absolut notwendig, dass wir dort versuchen, Antidiskriminierungsarbeit noch mal zu stärken, also nicht nur den Menschen Chancen zu bieten, in diese Gesellschaft einfach anzudocken, sondern von allem noch mal den Schutz darauf legen, dass sie von niemandem dieses Recht aberkannt bekommen oder in ihre eigenen Rechte eingegriffen werden.

Ich glaube, das ist ein guter Schritt nach vorne und ich freue mich dann auf die nächsten Jahre, es zu sehen, wie es dort weitergeht, aber ich glaube, wir sind auf einem hervorragenden Weg.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Nachdem der Antisemitismus, der dem, Herr Arslan hat ihn gerade erwähnt, zwei Jahre kreisenden runden Tisch zum Thema Antirassismus, Antidiskriminierung in seinem Grundsatzpapier keine Erwähnung wert war und wir das seinerzeit bemängelten, hier in den Leitsätzen thematisiert ist, können wir der Vorlage zustimmen. Bedenklich stimmt uns einzig, dass für die in der Vorlage genannten Maßnahmen hinsichtlich der Bleibeperspektive nicht differenziert wird.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Vielen Dank auch von meiner Seite für dieses Werk an das Büro für Integration. Ich werde diesem Karlsruher Integrationsplan, dieser Fortschreibung nicht zustimmen können, denn ich habe im Oktober 2013 im Gemeinderat dazu gesprochen, und zwar zur Charta der Vielfalt und zum runden Tisch Anti-Rassismus und Antidiskriminierung. Ich habe damals das abgelehnt, nicht, weil ich es nicht für wichtig erachte, sondern ich denke, dass wir in einer sehr woken Zeit leben und dass das so ein bisschen Show-Veranstaltungen sind. Ich habe damals gesagt, und ich wiederhole das heute, ich hätte ganz gern, dass sich die städtischen Bediensteten wirklich mit ihrer originären Arbeit beschäftigen und nicht einen runden Tisch nach dem anderen und eine Maßnahme nach der anderen, die mit der eigentlichen Tätigkeit eines Beschäftigten bei einer Kommune gar nicht so viel zu tun hat. Man kann das natürlich machen, klar, wenn man genügend Personal hat und wenn man genügend Geld hat, kann man alles machen, aber weder das eine noch das andere haben wir, denn das haben Sie auch, Herr Oberbürgermeister, im Rahmen der Haushaltsberatungen gesagt. Von daher von mir keine Zustimmung, aber eine Enthaltung.

Was mir noch aufgefallen ist, die Evaluation kommt mir in diesem Inhaltsverzeichnis und dann auch auf der Seite, muss ich gucken, ich glaube, 11 ist es, 11, etwas zu kurz. Die Evaluation der Maßnahmen habe ich immer wieder angesprochen, was hier Integration anbelangt, und das sollte vielleicht ein bisschen ausführlicher dargestellt werden können. Von dem abgesehen, das wollte ich eigentlich einleitend sagen, ich höre immer wieder gerne dem Kollegen Høyem von der FDP zu. Jetzt hat er schon das zweite Lob bekommen. Heute beim dritten gibt es dann irgendwann vielleicht ein Gläschen Bier oder ein Gläschen Wein nachher. Ich weiß nicht, mir gefallen Ihre Worte, die Sie immer wieder treffen, sehr moderat. Aber letztendlich sagen Sie auch, zumindest in dem Part, um was es geht, nicht Assimilierung, sondern es geht um die Integration. Vielen Dank für Ihre Worte, Herr Høyem. Wir können nachher noch mal darüber sprechen, noch mal ein Lob, vielleicht bringt es dann etwas.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Ich muss sagen, dass mir die letzten Worte nicht gefallen haben von Frau Fenrich. Wenn Sie hier sagen, es ist eine Show-Veranstaltung, ich weiß gar nicht, was Sie damit meinen. Das ist doch einfach mal wieder auf gut Deutsch dumm daher geschwätzt. Was denn für eine Show-Veranstaltung? Wir haben im Moment die Wochen gegen Rassismus. Gehen Sie mal auf die Veranstaltungen. Sehen Sie mal, was aus der normalen Bevölkerung heraus geleistet und angeboten wird, und da sehe ich keine einzige Veranstaltung als eine Show. Letztendlich kann man von Ihnen und Ihren zwei Kollegen nichts anderes erwarten, aber dass Sie das hier auch noch sich trauen, so explizit zu sagen, das geht meiner Ansicht nach nicht. Die Karlsruher Bevölkerung ist immer auf der Seite gewesen, gerade der Geflüchteten, seit über zehn Jahren. Das muss ich hier nicht wiederholen, wie viele Menschen sich da engagiert haben. Das war für jeden Einzelnen, der sich da eingebracht hat, keine Show. Das kann ich Ihnen versichern.

**Stadträtin Fenrich (pl.):** Herr Cramer, darauf kriegen Sie jetzt natürlich eine Replik. Ihre Wortwahl hier in diesem Hause, ich muss schon bitten. Das hätte ich von Ihnen jetzt als langjähriges Gemeinderatsmitglied so nicht erwartet. Aber gut, es spricht für sich, so wie Sie sich ausdrücken. Ich habe gesagt in dem Zusammenhang Show-Veranstaltung, dass es Dinge sind, die die Bediensteten der Stadt wahrnehmen müssen, und wir wissen alle, dass das Personal relativ knapp ist und dass das Geld auch knapp ist. Infolgedessen, ich weiß nicht, wie wir früher überhaupt leben konnten. Vielleicht liegt es an meinem Alter, aber dann vielleicht auch an Ihrem, Herr Cramer. Vielleicht liegt es an meinem Alter, dass ich keine Diskriminierung erfahren habe. Ich kann mir nicht vorstellen, zumindest das, was ich weiß, in der Stadt wohlgemerkt, in der Stadt, lassen Sie mich doch ausreden, in der Stadt keine Diskriminierung, deswegen die Charta der Vielfalt, ich weiß es nicht. Das meine ich, das sind Dinge, die man in der Tat nicht unbedingt machen muss. Man kann sie machen, habe ich vorhin auch gesagt, wenn Sie zugehört haben, aber dazu braucht man das Personal, und dazu braucht man das Geld. Und das, was oft veranstaltet wird, was Sie sagen, jetzt die Wochen gegen Antirassismus, da gäbe es eigentlich viel zu sagen. Ich frage mich sogar manchmal, ob es nicht Rassismus ist, das, was dort manchmal so von sich gegeben wird. Das darf ich jetzt vielleicht einfach mal so feststellen und das können Sie sich dann, Herr Cramer, auch überlegen.

**Der Vorsitzende:** Ich schlage vor, dass alle, die die Wochen gegen Rassismus kritisch sehen, sie regelmäßig besuchen, und dann können wir uns anschließend noch mal unterhalten. Ich schlage vor, dass sich die Personen, die sich heute Abend beim Bier treffen wollen, beim Bier treffen und uns anschließend berichten, inwieweit sie eine übereinstimmende

Position zu den Begriffen Integration und Assimilierung gefunden haben. Und ich stelle fest und weise den Vorwurf von mir oder von mir im Namen der Verwaltung, dass wir uns hier mit unnötigen Dingen beschäftigen und andere Dinge zu tun hätten. Ich glaube, die Sicherstellung dessen, dass ein Teil der Bevölkerung sich gewahr wird, was zur Einhaltung der Menschenrechte beizutragen hat und ein anderer Teil der Bevölkerung sich gewahr wird, dass wir uns darum kümmern, dass auch ihnen gegenüber die Menschenrechte eingehalten werden. Welche politische Ebene soll es denn sonst machen, wenn wir das nicht vor Ort machen? Deswegen bin ich heilfroh, dass wir uns nicht nur auf Pässe ausstellen und auf Einwohnermelderegister beschränken können, sondern dass wir auch dieser, aus meiner Sicht, am Ende viel gesellschaftsrelevanteren Aufgabe zuwenden können, das vielleicht einfach hier als klare Position.

Und dann kommen wir hier zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine eigentlich sogar absolute Mehrheit.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
2. April 2024